Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Dienstag, 19. Juni 2012
Ausgabe 114
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **6**
Meldungen **7**
› OB Ude: Den Bürgerwillen ohne Wenn und Aber respektieren 7
› 200 Jahre Isarvorstadt: Kulturtage vom 21. bis 24. Juni 8
› Erste „Offene Ateliers“ der Neubelegung im Atelierhaus 9
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 12, Bezirksteil Freimann 10
› Mitreden und beteiligen: „Energiewende in München“ 11
› 40. Jubiläum des Wochenmarktes Berg am Laim 12
› Filme zum Thema „Die Schwabinger Krawalle“ im Filmmuseum 12
Antworten auf Stadtratsanfragen **14**
› Schulpatenschaften zwischen Betrieben von IHK und Handwerkskammer und Mittelschulen/Realschulen verstärkt fördern 14
› Inklusion an Regelschulen – Folgen für die Förderzentren 19

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **25**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Dienstag, 19. Juni, und Mittwoch, 20. Juni, Kassel, Rathaus
Oberbürgermeister Christian Ude leitet als Präsident des Deutschen Städtetags die Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss in Kassel. Wichtigste Themen sind die Auswirkungen des Fiskalpakts auf die Kommunen, die Forderungen der Bundesländer in diesem Zusammenhang, der aktuelle Stand der Kinderbetreuung für unter Dreijährige, das Betreuungsgeld, die wachsenden Defizite der kommunalen Krankenhäuser bei einem gleichzeitigen Zehn-Milliarden-Überschuss der Kassen sowie die Kulturpolitik der Städte.

Wiederholung
Mittwoch, 20. Juni, 9.15 Uhr,
Seniorenbeirat, Burgstraße 4 (Raum 200)
32. Plenumssitzung des Seniorenbeirates. Auf der Tagesordnung steht unter anderem ein Referat des Polizei-Hauptmeisters und Präventionsbeauftragten Hartmut Brach zum Thema „Arbeit der Bundespolizei auf Bahnhöfen und Flughafen – Taschendiebstahl und Zivilcourage".

Wiederholung
Mittwoch, 20. Juni, 10 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Stadtrat Siegfried Benker (Bündnis 90/Die Grünen) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zum Fachtag „Inklusion inklusive". Der vom Sozialreferat veranstaltete Fachtag befasst sich in Vorträgen, Diskussionen und einem Infotreff mit dem Thema „Kooperation und Vernetzung in der offenen Alten- und Behindertenarbeit in München". Ziel ist die Weiterentwicklung von Angeboten und passgenaue Vernetzung zwischen der offenen Alten- und der offenen Behindertenarbeit sowie deren Interessenvertretungen, um den spezifischen Interessen der älter werdenden Menschen mit früh erworbener oder angeborener Behinderung noch besser gerecht zu werden.

Wiederholung
Mittwoch, 20. Juni, 10 Uhr,
Panzerwiese, Ecke Schleißheimer Straße/Sandbienenweg
Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt, sowie Dr. Rudolf Nützel, Geschäftsführer der Kreisgruppe München des Bund Naturschutz in Bayern e.V., stellen die neue Broschüre „Heuschrecken in München"

vor. 37 Heuschrecken-Arten gibt es in München. Einer ihrer Lebensräume ist die Panzerwiese, die in den vergangenen Jahren aufwändig gepflegt wurde und sich zu einem artenreichen Biotop inmitten der Stadt entwickelt hat.
Achtung Redaktionen: Im Anschluss an die Pressekonferenz besteht die Gelegenheit an einer kurzen Führung über die Panzerwiese teilzunehmen, bei der Arten, wie etwa der Warzenbeißer oder die Feldgrille, in ihrem natürlichen Lebensraum gezeigt werden sollen.
Bei schlechter Witterung findet die Pressekonferenz im Referat für Gesundheit und Umwelt (Bayerstraße 28 a, Raum 5.053) statt. Für Rückfragen zum Veranstaltungsort ist das Pressetelefon des Referats für Gesundheit und Umwelt unter 2 33-4 75 09 auch kurz vor und während der Pressekonferenz erreichbar.

Mittwoch, 20. Juni, 10 Uhr,
Gasteig, Rosenheimer Straße 5, Erdgeschoss, Raum 0.125
Professor Dr. Klaus Meisel, Managementdirektor, und Susanne Lößl, Koordinatorin der Sommer-VHS, stellen das neue Programm der Sommer-Volkshochschule mit rund 1.000 spannenden und inhaltsstarken Lernangeboten, quer durch alle Bildungsbereiche vor: viel München, viel Motivation, viele Möglichkeiten.

Wiederholung
Mittwoch, 20. Juni, 11 Uhr, Ratstrinkstube
Stadtrat Christian Müller (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters anlässlich des 3. Münchner Sportfestivals, das am 1. Juli auf dem Königsplatz stattfinden wird. Das Sportfestival wird vom Referat für Bildung und Sport in Kooperation mit der Burda Sports Group GmbH veranstaltet. Neben einem Vertreter des Sportamts nehmen für die Kooperations- und Sponsoringpartner teil: Jan Hay, Senior Berater bei der Burda Sports Group, Marion Danneboom, Leiterin PR und Unternehmenskommunikation BayWa AG, Matthias Keller, Leiter Ressort Spitzenbergsport beim Deutschen Alpenverein, sowie Robert Kaeding, Geschäftsführer Gibbon Slacklines. Die Moderation übernimmt Uli Florl von Radio Arabella.

Wiederholung
Mittwoch, 20. Juni, 19 Uhr,
Museum Villa Stuck, Prinzregentenstraße 60
Stadtrat Michael Leonhart (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters und Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers sprechen zur Eröffnung der Ausstellungen „Terunobu Fujimori. Architekt. Werkschau 1986 - 2012“ und

„Andrei Molodkin. Liquid Black". Michael Buhrs, Direktor des Museums Villa Stuck, hält eine kurze Begrüßung. Shinsuke Toda, stellvertretender Japanischer Generalkonsul, München, und Professor Kazuaki Tezuka, Japanisches Kulturinstitut Köln (The Japan Foundation), sprechen Grußworte zur Ausstellung „Terunobu Fujimori".
Einführungen zu den Ausstellungen von Kuratoren Hannes Rössler (Terunobu Fujimori."), Dr. Margarita Tupitsyn und Dr. Victor Tupitsyn („Andrei Molodkin").
Achtung Redaktionen: Pressevorbesichtigung beider Ausstellungen am Mittwoch, 20. Juni, 11 Uhr.

Freitag, 22. Juni, 9.30 Uhr, Ratskeller, Botticellistube
Pressefrühstück mit Bürgermeisterin Christine Strobl im Vorfeld des am 24. Juni stattfindenden Stadtlaufes München, bei dem fast 20.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erwartet werden. SportScheck und BMW wollen auf diesen traditionsreichen, seit über 33 Jahren bestehenden Termin hinweisen.

Freitag, 22. Juni, 11 Uhr, Aula, Simon-Knoll-Platz 3
Offizieller Festakt zur Eröffnung des Erweiterungsbaus mit Neubau Zweifachsporthalle sowie der Generalinstandsetzung des Bestandsgebäudes der Berufsschulen am Simon-Knoll-Platz. Die Festrede hält Oberbürgermeister Christian Ude. Nach den Begrüßungen durch Cornelia Brauer, Leiterin der Städtischen Berufsschule für das Hotel-, Gaststätten- und Braugewerbe, und Helmut Schreiber, Leiter der Städtischen Berufsschule für das Bäcker- und Konditorenhandwerk, der Meisterschule für Konditoren sowie der Berufsschule für das Metzgerhandwerk, sprechen Baureferentin Rosemarie Hingerl und Stadtschulrat Rainer Schweppe. Michael Waidhauser von der Regierung von Oberbayern spricht Grußworte. Im Anschluss findet eine kirchliche Segnung statt. Das festliche Rahmenprogramm gestalten die Städtischen Berufsschulen.

Freitag, 22. Juni, 13 Uhr, Nanga-Parbat-Straße 99 - 103
Die Stadtsparkasse München vergrößert ihren Immobilienbesitz in München. In diesem und im nächsten Jahr entstehen insgesamt 170 neue Wohnungen, die die Stadtsparkasse ihren Mitarbeitern und am freien Markt zur Miete anbietet. Am kommenden Freitag feiert die Stadtsparkasse München Richtfest ihres neuen Wohnhauses mit 41 Wohnungen in Moosach. Oberbürgermeister Christian Ude hält als Verwaltungsratsvorsitzender der Stadtsparkasse München die Festrede.

Freitag, 22. Juni, 14.30 Uhr, Riesstraße 16
Oberbürgermeister Christian Ude spricht zur Grundsteinlegung von „88 north" der Hammer AG. 88 north ist mit über 40.000 Quadratmetern Mietfläche eines der größten Projektentwicklungen im Münchner Norden.

Freitag, 22. Juni, 15 Uhr, Odeonsplatz
Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, eröffnet die Jubiläumsfeier „40 Jahre Condrobs – Brücken ins Leben". Mit einem bunten Veranstaltungsprogramm will Condrobs e. V. auf die vielfältigen Herausforderungen seiner Arbeit im Bereich Suchtprävention und Hilfen für Suchtkranke aufmerksam machen. Seit 40 Jahren hilft der Verein suchtgefährdeten oder von Sucht betroffenen Jugendlichen, Frauen oder Flüchtlingen und ihren Angehörigen, ein selbstbestimmtes, gesundes Leben zu führen. Die Landeshauptstadt unterstützt die vielfältigen Hilfsangebote im Rahmen des Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms (MBQ) und durch Zuschüsse des Referats für Gesundheit und Umwelt sowie das Stadtjugendamt des Sozialreferats.

Freitag, 22. Juni, 17 Uhr,
Kulturhaus Millbertshofen, Curt-Mezger-Platz 1
Die Ausstellung „Spurensuche – Fotos und Geschichten", die vom Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) und pro familia München-Hasenbergl organisiert worden ist, eröffnet Markus Auerbach, Vorsitzender des Bezirksausschusses 24 Feldmoching - Hasenbergl. Anhand von mitgebrachten Fotos erzählen Migrantinnen, die sich in einer interkulturellen Frauengruppe regelmäßig treffen, ihre Geschichte, die auch die Integration in der neuen Heimat reflektiert. Die Einführung halten Christian Reisenberg, Geschäftsführer von pro familia München, und Andrea Mager-Tschira, Leiterin der Abteilung Gesundheitsvorsorge im RGU. Die fototechnisch bearbeiteten Bilder der Frauen sowie niedergeschriebene persönliche Geschichten, die den Fotos nicht zugeordnet wurden, sind bis Ende September im Kulturhaus Milbertshofen zu sehen.

Freitag, 22. Juni, 18 Uhr,
Atelierhaus Klenzestraße 85 Rückgebäude/Baumstraße 8b
Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers spricht zur Eröffnung der ersten „Offenen Ateliers", einer gemeinsamen Ausstellung der Neubelegung 2011 bis 2016 des städtischen Atelierhauses. Die Künstlerin Beate Engl hält eine Einführung zum Thema „studiopractice – Die Bedeutung des Künstlerstudios für die aktuelle künstlerische Praxis". Im Rahmen der „Offenen

Ateliers 2012“ (22. bis 24. Juni) erscheint eine Postkartenedition mit Motiven aller 30 Künstlerinnen und Künstler des Hauses, die in einer Sammelbox während des Wochenendes der „Offenen Ateliers“ im Haus erhältlich ist. Zur Eröffnung gibt es ab 21 Uhr Musik mit der Künstlerband „Sasebo“ und DJ Zorome.
Achtung Redaktionen: „Preview/Rundgang“ zu den „Offenen Ateliers 2012“ am Freitag, 22. Juni, um 17 Uhr. (Anmeldung erbeten bis 21. Juni an diana.ebster@muenchen.de)
(Siehe auch unter Meldungen)

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 26. Juni, 19 Uhr,
Gaststätte „Zunfthaus“, Thalkirchner Straße 76 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 2 (Ludwigsvorstadt - Isarvorstadt).

Dienstag, 26. Juni, 18 bis 19 Uhr,
Bürgerbüro, Schellingstraße 28 a (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

Dienstag, 26. Juni, 19.30 Uhr,
Feizeittreff Freimann, Burmesterstraße 27 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann).

Dienstag, 26. Juni, 19 Uhr, Mensa der Ludwig-Thoma-Realschule, Fehwiesenstraße 118 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 14 (Berg am Laim).

Dienstag, 26. Juni, 19 Uhr,
Turnhalle der Grundschule, Gotzmannstraße 19 (barrierefrei)
Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 22 (Aubing - Lochhausen - Langwied). Der Versammlungsleiter Bürgermeister Hep Monatzeder und der Bezirksausschussvorsitzende Dr. Josef Assal informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.
Bürgersprechstunde
Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßen-

verkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und der Bezirksausschussvorsitzende Dr. Josef Assal.

Dienstag, 26. Juni, 19 Uhr,
Pfarrsaal Evangeliumskirche, Stanigplatz 1 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 24 (Feldmoching - Hasenbergl) mit dem Vorsitzenden Markus Auerbach.

Dienstag, 26. Juni, 19.30 Uhr,
Pfarrsaal Evangeliumskirche, Stanigplatz 1 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 24 (Feldmoching - Hasenbergl).

Meldungen

(teilweise voraus)
OB Ude: Den Bürgerwillen ohne Wenn und Aber respektieren
(19.6.2012) Oberbürgermeister Christian Ude hat bereits am Abend der Abstimmung über den Bürgerentscheid unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass

- die negative Entscheidung ein bedauerlicher Rückschlag für den Münchner Flughafen sei;
- die hohe Wahlbeteiligung und die Eindeutigkeit des Ergebnisses zu begrüßen seien;
- der klar zum Ausdruck gebrachte Bürgerwillen ohne Wenn und Aber respektiert werden müsse;
- sich selbstverständlich die Vertreter der Landeshauptstadt in den Gremien des Flughafens – Wirtschaftsreferent Dieter Reiter und der Oberbürgermeister – an das Mandat der Bevölkerung halten werden; er diesen Respekt vor dem Bürgerwillen von sämtlichen Fraktionen im Münchner Rathaus erwarte, die ja alle das Votum der Bürgerschaft herbeigeführt und damit die Entscheidung in die Hände der Bürgerschaft gelegt haben.

In einer gestrigen Erklärung ergänzte der Oberbürgermeister, dass der Respekt vor dem Bürgerwillen nun auch von anderen politischen Ebenen einzufordern sei: „Deshalb sollte der Vorschlag aus der Staatskanzlei, den Bürgerwillen durch Veräußerung der städtischen Flughafenanteile zu umgehen, schnell zurückgezogen werden. Unerforschlich ist auch die Ankündigung, den Bürgerentscheid durch ein Landtagswahlergebnis aushebeln

zu wollen. Kein wie auch immer gearteter Wahlausgang auf Landesebene kann eine Entscheidung der Münchner Bürgerschaft, wie mit dem Münchner Flughafenanteil zu verfahren ist, außer Kraft setzen. Deshalb sollten solche Möglichkeiten auch nicht in irreführender Weise vorgegaukelt werden.
Das Gleiche gilt auch für einen Volksentscheid auf Landesebene, dessen Zulässigkeit von Experten seit Jahren bestritten und bislang von niemand öffentlich nachgewiesen wurde. Ein Volksentscheid hat keinen Einfluss auf das Münchner Bürgervotum, sondern kann allenfalls die ohnehin bekannte Position des Freistaats Bayern bekräftigen. Im Übrigen bleibt rätselhaft, wie die Befürworter von Abstimmungen auf Landesebene zu der Auffassung gelangen, dass sie in Landkreisen wie Freising, Erding und Dachau auf weniger Widerstand stoßen würden als in München und dass sie in Franken oder Niederbayern größeres Engagement für den Münchner Flughafen als in der Landeshauptstadt selbst vorfinden könnten.
Wer ständig die Worte Bürgerbeteiligung und Partizipation im Munde führt und sogar zusätzliche gesetzliche Formen direkter Demokratie versprechen will, sollte die bereits bestehenden Formen der Bürgerentscheidung auch ernst nehmen und respektieren."

200 Jahre Isarvorstadt: Kulturtage vom 21. bis 24. Juni
(19.6.2012) Der Stadtteil Isarvorstadt feiert 200-jähriges Jubiläum: Vom Donnerstag, 21. Juni, bis Sonntag, 24. Juni, gibt es dort mit den Kulturtagen Ludwigsvorstadt - Isarvorstadt an 44 Spielorten Veranstaltungen: zum Beispiel im EineWeltHaus, in der Glockenbachwerkstatt, im Kranz Theater, im „GAP" in der Goethestraße und im DGB-Haus. Zum Angebot zählen Lesungen, Konzerte, Führungen durch den Stadtteil, Theater und Kabarett, Ausstellungen und Aktionen.
Der Nußbaumpark am Sendlinger-Tor-Platz ist am Samstag, 23. Juni, mit einer Open-Air-Bühne der zentrale Treffpunkt des Kulturfestivals. Dort präsentieren sich Vereine, Initiativen und Institutionen des Stadtteils mit Programmen und Infoständen.
Bei 15 verschiedenen Spaziergängen können Interessierte den Stadtteil erkunden: „Die renaturierte Isar", „Stadtbäche im Glockenbachviertel", „Migration in und nach München", „Zwischen Moscheen und Basaren: das südliche Bahnhofsviertel" und beispielsweise auch eine Führung über den Südfriedhof.
Die Clubszene beteiligt sich auch an den Kulturtagen: Das „Harry Klein" zeigt von Donnerstag, 21. Juni, bis Samstag, 23. Juni, Kunst- und Videoaktionen, in den Clubs „8below", „Import Export", „GAP" oder in der Glockenbachwerkstatt finden Lesungen und Konzerte statt.

Am Freitag, 22. Juni, und Samstag, 23. Juni, verwandelt sich der Innenhof des Deutschen Museums von 21 bis 23.30 Uhr zum Freilichlichttheater: Schauspiel, Musik und Lichtinszenierungen schaffen ein stimmungsvolles Ambiente und bieten ein besonderes Spektakel.
Zum kabarettistischen Programm tragen unter anderem Ecco Meineke (Kranz Theater) und Josef Brustmann (DGB-Haus) bei. Beim Poetenstammtisch im Fraunhofer Theater werden weitere Gäste erwartet. Hannes Beckmann, die Fraunhofer Saitenmusik, United Klezmer Society sowie die ExpressBrassBand geben an verschiedenen Orten Konzerte. Filmszenen von Karl Valentin aus „Das kinderlose Ehepaar" werden von Barbara de Koy und Johannes Silberschneider im Kranz Theater in eine Lesung verwandelt. Filmemacher Marcus H. Rosenmüller („Wer früher stirbt ist länger tot") und Gerd Baumann treten in einem Erzähl- und Musikabend ebenfalls im Kranz Theater auf. Ein Familienprogramm rundet die Kulturtage ab.
Unter dem Motto „Wir machen was" gestalten insgesamt über 200 Mitwirkende das Programm. Die Koordinierung übernimmt das Kulturreferat, das auch die notwendige Veranstaltungstechnik bereitstellt und mit dem Bezirksausschuss 22 zusammenarbeitet. Die Unterstützung der Veranstaltung erfolgt im Rahmen der Förderung der Stadtteilkultur. Die Schirmherrschaft hat Oberbürgermeister Christian Ude übernommen. Für alle bis auf zwei Veranstaltungen gilt: Eintritt frei.
Das kostenlose Programm zu den Kulturtagen Ludwigsvorstadt - Isarvorstadt liegt in der Stadtinformation im Rathaus und bei teilnehmenden Veranstaltungsorten im Stadtbezirk aus. Es ist auch im Internet unter *www.muenchen.de/stadtteilkultur* in der Rubrik „Stadtteilwochen und Kulturtage" abrufbar.
Presseauskünfte erteilt Sylvia Ottes unter Telefon 2 33-2 81 25.

Erste „Offene Ateliers" der Neubelegung im Atelierhaus

(19.6.2012) Vom Freitag, 22. Juni, bis Sonntag, 24. Juni, laden die Künstlerinnen und Künstler im städtischen Atelierhaus Baumstraße 8 b/Klenzestraße 85 a (Rückgebäude) zu den „Offenen Ateliers 2012" ein. Die „Offenen Ateliers 2012" sind die erste gemeinsame Ausstellung der Neubelegung des städtischen Atelierhauses 2011 bis 2016. Seit 2011 arbeiten über 30 herausragende junge Künstlerinnen und Künstler, nach der Auswahl durch ein Juryverfahren, in neuer Zusammensetzung im Haus. Die hohe Qualität und Bandbreite der Positionen gibt exemplarisch einen eindrucksvollen Einblick in die Münchner Kunstszene, deren künstlerische Arbeit und Projekte aus den verschiedenen Sparten Malerei, Bildhauerei, Grafik, Video, Fotografie und Design.

Das eigens von der Grafikerin Karin Höfling (rosepistola) für die „Offenen Ateliers“ entwickelte Logo „OA“, verweist auf die Wichtigkeit von Studios als „A und O“ der künstlerischen Produktion. Der Ort, an dem sonst Kunstwerke entstehen und produziert werden, wird für die Dauer eines Wochenendes zum Ausstellungsraum. Die Ateliers öffnen ihre Türen für die Öffentlichkeit und laden zum direkten Austausch und Dialog mit den Künstlerinnen und Künstlern vor Ort.
Einen Überblick über das Schaffen aller Künstlerinnen und Künstler des Atelierhauses bietet eine Postkartenedition, die im Rahmen der Offenen Ateliers erscheint und als Sammelbox während des Wochenendes zu erwerben ist. (Die Künstlerinnen und Künstler: Matias Becker, Kristin Brunner, Jutta Burkhardt, Edoardo Colaiacomo, Christian Engelmann, Beate Engl, Florian Froese-Peeck, Matthias Fuchs, Ulrich Gebert, Michael Gerngroß, Judith Goldschmid, hansandfranz, Elke Härtel, Esther-Judith Hinz, Heike Jobst, Eric Mack, Stephanie Maier, Jakub Moravek, Daisuke Ogura & Fumie Ogura, Kathrin Partelli, Gregor Passens, Felix Rehfeld, Martin Schmidt, Johannes Seefried, Florian Seidel, Martin Spengler, Thomas Steffl, Katharina Weishäupl, Robert Weissenbacher, Patricia Wich, Oliver Winheim, Silke Witzsch, Matthias Wohlgenannt, Youijin Yi).
Die „Offenen Ateliers 2012“ im städtischen Atelierhaus Klenze-/Baumstraße werden am Freitag, 22. Juni, um 18 Uhr mit Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers und einer Einführung der Künstlerin Beate Engl zum Thema „studiopractice – Die Bedeutung des Künstlerstudios für die aktuelle künstlerische Praxis“ eröffnet. Ab 21 Uhr gibt es Musik mit der Künstlerband „Sasebo“ und DJ Zorome. Die Ateliers sind am Samstag, 23. Juni, und Sonntag, 24. Juni, von 14 bis 20 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei.
Nähere Informationen zu den einzelnen Künstlerinnen und Künstlern, dem Atelierhaus und seinen Veranstaltungen auf der neuen Website unter:
www.atelierhaus-baumstrasse.net

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 12, Bezirksteil Freimann
(19.6.2012) Oberbürgermeister Christian Ude lädt in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 12 (Schwabing - Freimann) am Dienstag, 3. Juli, 19 Uhr, in das Kesselhaus, Lilienthalallee 37, 80939 München, zu einer Bürgerversammlung des 12. Stadtbezirkes (Bezirksteil Freimann) ein.
Die Leitung der Versammlung übernimmt Bürgermeisterin Christine Strobl. Zu Beginn informieren sie und der Bezirksausschussvorsitzende Werner Lederer-Piloty über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.
Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:
1. Verkehrssituation im Bereich Haidpark (Planungen)
2. Bayernkaserne (Sachstand, Bürgerschaftsbeteiligung)

3. Planungen Ausbau ÖPNV im Münchner Norden (Bus/Tram/U-Bahn, S-Bahn-Nordring)
4. Sachstand Freisinger Landstraße

Alle Besucherinnen und Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.
Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle Mitte der Bezirksausschüsse 1, 2, 3, 4 und 12, Tal 13, 80331 München, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.
Gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern, die an der Bürgerversammlung ihres Stadtbezirks teilnehmen, werden auf Antrag die Kosten für einen Gebärden-Dolmetscherdienst erstattet. Nähere Auskünfte erteilen gerne der Gehörlosenverband München und Umland, Regionalcenter, *www.gmu.de,* regionalcenter@gmu.de, Bildtelefon 99 26 98 63, Fax 99 26 98-21, oder das Direktorium der Landeshauptstadt München, Marienplatz 8, 80331 München, Susan Gummelt, buergerversammlung.dir@muenchen.de, Fax 2 33-2 52 41. Der Versammlungsort ist barrierefrei.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und der Bezirksausschussvorsitzende Werner Lederer-Piloty.

Mitreden und beteiligen: „Energiewende in München“

(19.6.2012) Projekte der Landeshauptstadt München, der Solarinitiative München (SIM) und die Energietauschplattform buzzn – people power GmbH, die sich jeweils mit der Energiewende in München beschäftigen, werden am Donnerstag, 28. Juni, um 19 Uhr im Großen Sitzungssaal des Rathauses vorgestellt. Die Umwelt-Akademie, die seit Ende 2011 Diskussionsabende organisiert, lädt einmal mehr zur Veranstaltungsreihe „Mutbürger für Energiewede!“ ein. Wie stark die Energiewende in München verfolgt wird, werden Dr. Gerhard Urbainczyk vom Referat für Gesundheit und Umwelt und Dr. Harald Will, Geschäftsführer der SIM diskutieren. Justus Schütz, Geschäftsführer von buzzn – people power GmbH, wird die Energietauschplattform vorstellen. Der Eintritt ist frei.

Mit der Veranstaltungsreihe „Mutbürger für Energiewende!“ legt die Umwelt-Akademie in Kooperation mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt den Fokus auf die Themen Klimaschutz, Energiewende und Bürgerpartizipation. Gefördert wird „Mutbürger für Energiewende“ von der IKEA-Stiftung, der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, der Selbach-Umwelt-Stiftung und der Manfred-Wierichs-Stiftung.

40. Jubiläum des Wochenmarktes Berg am Laim

(19.6.2012) Bereits seit 40 Jahren gibt es nun den Wochenmarkt an der Baumkirchner Straße 22b - 26 in Berg am Laim. Am Freitag, 22.Juni, findet deshalb ein kleines Jubiläumsfest auf dem Markt statt: Zusätzlich zum regulären Marktbetrieb von 8 bis 12 Uhr dreht sich am Informationsstand der Markthallen München zu jeder vollen Stunde das Glücksrad. Bayerische Musikanten sorgen zudem für den stimmungsvollen akustischen Rahmen.

Filme zum Thema „Die Schwabinger Krawalle“ im Filmmuseum

(19.6.2012) Am 21. Juni jähren sich die so genannten „Schwabinger Krawalle“ zum 50. Mal. Das Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, zeigt aus diesem Anlass am Donnerstag, 21. Juni, um 19 Uhr in der Veranstaltungsreihe „Open Scene“ Filme zu diesem Thema und lädt zu einer Diskussionsrunde ein.
Die Unruhen brachen am 21. Juni 1962 in Schwabing aus, weil eine Gruppe Jugendlicher noch nach 22.30 Uhr auf der Straße musizierte. Als die Anwohner der Leopoldstraße wegen Ruhestörung die Polizei riefen, kam es bei dem Versuch, die Gruppe aufzulösen und die fünf Musiker vorläufig festzunehmen, zu Rangeleien, die schließlich eskalierten. In der Nacht und an den folgenden vier Tagen kam es in der gesamten Umgebung der Universität zu Straßenschlachten zwischen bis zu 40.000 vor allem jugendlichen Protestteilnehmern und zum Teil berittenen Polizisten.
Zum Programm:
Im ersten Block werden Kurzfilme gezeigt, die das Lebensgefühl und das Ambiente Schwabings vor einem halben Jahrhundert mit seinen vielen Künstlern und Studenten vermitteln (Gesamtlänge zirka 60 Minuten).
In einer Gesprächsrunde, die von Gerhard Fürmetz vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv moderiert wird, diskutieren Dr. Hans-Jochen Vogel, Münchner Oberbürgermeister von 1960 bis 1972 und Zeitzeuge, Wolfgang Roucka, Fotograf, Plakatkünstler und Galerist, Herbert Hauke, Betreiber des Münchner Rockmuseums auf dem Olympiaturm und Zeitzeuge, und Chuck Hermann, seit 1957 in München DJ, Sänger, Gitarrist und Radiomoderator.

Anschließend wird ein zweiter Filmblock gezeigt (Gesamtlänge zirka 50 Minuten), in dem selten zu sehendes Archivmaterial über die Krawalle vorgeführt wird. Das Publikum ist eingeladen, Fragen zu stellen und mit den Podiumsteilnehmern zu diskutieren.
Der Eintritt kostet 5 Euro, ermäßigt 4 Euro. Telefonische Reservierungen sind unter 2 33-9 64 50 möglich.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 19. Juni 2012

Schulpatenschaften zwischen Betrieben von IHK und Handwerkskammer und Mittelschulen/Realschulen verstärkt fördern
Antrag Stadträtin Elisabeth Schmucker (CSU) vom 28.12.2011

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag vom 28.12.2011 teile ich Ihnen Folgendes mit:

Angesichts des drohenden Fachkräftemangels und vielfach problematischer Übergänge in den Beruf, sind Schulen und Unternehmen mehr denn je gefordert, eng zu kooperieren. Um Jugendliche auf die aktuelle Wirtschafts- und Berufswelt vorzubereiten, muss die Schule als Institution mit Wirtschaftsunternehmen und Betrieben zusammenarbeiten.
Kooperationen zwischen Schulen und Betrieben bzw. Unternehmen sind erfahrungsgemäß am erfolgreichsten, wenn sie auf Dauer angelegt sind und in den Schulalltag integriert werden. Ein Beispiel sind sog. Schulpatenschaften. Die Kooperationsprojekte zwischen Unternehmen und Schulen werden oftmals von weiteren Partnern wie Kammern, Verbänden oder Innungen unterstützt. Konkrete Inhalte der Kooperationen können u. a. sein:

- Planung gemeinsamer Aktivitäten, z. B. Betriebserkundung, Bewerbungstraining
- Angebot von Praktikumsplätzen
- Einladung des jeweiligen Partners zu Lehrerkonferenz bzw. Betriebsversammlung zur Vorstellung der gemeinsamen Initiativen
- regelmäßige Treffen zwischen Lehrkräften und Ausbildenden, ggf. unter Mitwirkung von Azubis und Schülerinnen und Schülern
- Festlegung der infrage kommenden Inhalte (Fächer, Inhalte, Jahrgangsstufe, etc.)

- gegenseitiges Feedback, Praktika von Lehrkräften sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
- Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen (Ausstellungen, Berufsbörsen)

Ziele solcher institutionalisierten Kooperationen, wie z. B. Schulpatenschaften, sind z. B. das Bewusstmachen von wirtschaftlichen und ökonomischen Prozessen, um damit auch politische und gesellschaftliche Abläufe verstehen zu lernen, das Erfahrbarmachen der Anforderungen der Berufswelt für die Schülerinnen und Schüler und die Vertiefung der Berufswahlorientierung. Dadurch wird die Ausbildungsreife junger Menschen gefördert und die Zahl der erfolgreichen Übergänge von der Schule in den Beruf erhöht. Schulen und Betriebe können ein gemeinsames Verständnis von Ausbildungsreife und Berufsorientierung entwickeln und umsetzen. Dadurch wird der Berufsvorbereitungsunterricht für die Schülerinnen und Schüler greifbarer und nachvollziehbarer, weil konkrete Aspekte der Arbeitswelt einbezogen werden. Schülerinnen und Schülern helfen die Erfahrungen in der Arbeitswelt, die Entscheidung über ihren künftigen Beruf zu treffen. Der Wunsch, den gewählten Beruf erlernen zu können, motiviert sie, an ihren schulischen Leistungen zu arbeiten. Unternehmen können als Lernpartner künftige Auszubildende werben und sich als attraktiven Arbeitgeber darstellen.

Dies spiegelt sich in den Ergebnissen der Münchner Längsschnittstudie „Münchner Haupt-, Wirtschafts- und Förderschüler/innen auf dem Weg von der Schule in die Berufsausbildung“ [1] bei der Beurteilung von betrieblichen Praktika wider:

Tabelle 1 zeigt, wie viele Jugendliche im letzten Pflichtschuljahr ein oder mehrere Praktika absolviert haben.

Praktika im aktuellen Schuljahr in % nach Haupt-, Wirtschafts- und Förderschulen

Praktika im aktuellen Schuljahr			Geschlecht		Migrationshintergrund		
		gesamt	männlich	weiblich	kein MH	MH in D geboren	MH nach D zugezogen
HS 9	Praktika insgesamt	74,3	73,5	75,6	77,1	74,3	71,1
	Langzeitpraktika	29,9	30,7	29,5	25,9	31,5	31,1
HS 10	Praktika insgesamt	26,0	19,8	31,9	33,0	20,0	22,2
	Langzeitpraktika	7,0	5,7 (n=6)	8,4	8,2 (n=8)	5,9 (n=5)	6,7 (n=3)
WS	Praktika insgesamt	14,5	9,3 (n=4)	16,9	15,8 (n=6)	12,8 (n=6)	16,0 (n=4)
	Langzeitpraktika	6,4 (n=7)	7,0 (n=3)	6,2 (n=4)	5,3 (n=2)	8,5 (n=4)	4,0 (n=1)
FS	Praktika insgesamt	98,3	97,0	100,0	100,0	100,0	91,3
	Langzeitpraktika	50,4	46,3	57,1	54,1	49,1	47,8

Dargestellt ist auch, wie viele der angegebenen Praktika Langzeitpraktika sind, d. h. Praktika mit einer Dauer von zusammenhängend mindestens 4 Wochen oder einer Dauer von mehreren Monaten mit 1 bis 2 Tagen betrieblicher Anwesenheit pro Woche. Durch länger angelegte betriebliche Praktika ist es Betrieben möglich, Jugendliche näher kennen zu lernen, ggf. werden sie dann als Auszubildende übernommen.

Tabelle 2 macht deutlich, dass Praktika über alle drei Schulformen hinweg von den Jugendlichen sehr positiv bewertet werden. Vor allem die Jugendlichen der 10. Klasse Mittelschule (ehemals 10. Klasse Hauptschule) bewerten die praktische Erfahrung als besonders hilfreich bei der Entscheidungsfindung zwischen Schule, Ausbildung oder Arbeit.

Bewertung der Förderangebote durch die Jugendlichen in %, („sehr viel geholfen" und „viel geholfen" zusammengefasst) nach Haupt-, Wirtschafts- und Förderschulen

Bewertung der Förderangebote durch die Jugendlichen			Geschlecht		Migrationshintergrund		
		gesamt	männlich	weiblich	kein MH	MH in D geboren	MH nach D zugezogen
HS 9	Arbeitsagentur	47,2	47,1	47,2	47,2	45,3	51,4
	Ratgeber	82,1	81,9	82,8	88,5	79,9	78,6
	Tests	47,9	48,2	47,3	46,9	47,4	50,0
	Praktika	74,1	72,0	76,8	71,6	76,9	70,9
HS 10	Arbeitsagentur	38,9	42,3	36,5	39,3	48,9	20,0 (n=5)
	Ratgeber	80,0	84,2	77,3	84,8	77,3	73,3
	Tests	36,8	47,6	30,6	32,3	42,1 (n=8)	42,9 (n=3)
	Praktika	80,7	85,0	78,4	83,3	76,5	80,0 (n=8)
WS	Arbeitsagentur	31,0	22,2 (n=2)	35,5	46,7 (n=7)	27,8 (n=5)	11,1 (n=1)
	Ratgeber	72,2	71,9	73,9	80,8	76,5	52,6
	Tests	23,4	16,7 (n=3)	28,6 (n=8)	46,7 (n=7)	16,7 (n=3)	7,1 (n=1)
	Praktika	73,3	50,0 (n=2)	90,0 (n=9)	100,0 (n=6)	66,7 (n=4)	33,3 (n=1)
FS	Arbeitsagentur	71,0	75,0	64,3	55,6	77,4	90,9
	Ratgeber	87,5	91,7	83,0	77,4	91,5	94,4
	Tests	75,8	78,9	71,4	61,9	84,4	76,9
	Praktika	74,5	71,9	77,3	75,0	76,9	66,7

In den Mittel- und Realschulen wird die Kooperation mit Betrieben bereits sehr intensiv umgesetzt. Dies wird anhand empirischer Untersuchungen deutlich: Der Arbeitskreis Realschule – Wirtschaft hat 2009 an zahlreichen Realschulen eine Befragung zur Ist-Situation bei Kooperationen zwischen Schule und Betrieben bzw. Unternehmen durchgeführt. Die Ergebnisse sind in der Anlage 1 zusammengestellt.

Im Bereich der Mittelschulen hat das Staatliche Schulamt ebenfalls Daten u. a. zu bestehenden Kooperationen mit der Wirtschaft erhoben (vgl. Anlage 2).

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft fördert im Rahmen des Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms (MBQ) seit 1999 über das

Münchner Jugendsonderprogramm die Integration von jungen Menschen in Ausbildung und Arbeit. Hierbei werden modellhafte Maßnahmen und Projekte unterstützt, die vorrangig präventiv orientiert sind und einen starken Bezug zur Betriebs- und Arbeitswelt besitzen. In einer Stadtratsanfrage „Kooperation mit Schulen" von Herrn Stadtrat Schlagbauer vom 24.02.2010 wurde auf die Einrichtung und Pflege von Partnerschaften zwischen Schulen und Betrieben hingewiesen.
Inzwischen wurden 29 Partnerschaften zwischen Schulen und Betrieben eingerichtet. Eine detaillierte Beschreibung der Formen der Zusammenarbeit zwischen den Partnern, der Verteilung der Betriebe auf verschiedene Wirtschaftszweige, sowie der Planungen bis 2013 ist der Anlage 3 zu entnehmen.

Wie den Aufstellungen (Anhang 2) zu entnehmen ist, sind fast alle Mittelschulen in Kooperation mit einem oder sogar mehreren Betrieben, darunter auch Betrieben aus der Gastronomie und Hotellerie. Fast alle Realschulen arbeiten themenbezogen mit Betrieben und Unternehmen zusammen, auch ohne feste Kooperationen. Unterstützung bei der Suche nach Kooperationsmöglichkeiten finden die Schulen bzw. Betriebe in den Arbeitskreisen Schule – Wirtschaft (Mittelschulen) bzw. Realschule – Wirtschaft. Nach Rückfrage bei der Handwerkskammer München ist eine Unterstützung bei Schulpatenschaften über das beschriebene Maß hinaus seitens der Stadt nicht erforderlich.
Die Industrie- und Handelskammer München wird demnächst mit der Fachberaterin und dem Fachberater Übergang der Fachabteilung 3 (Realschulen) in enger Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Kommunalen Servicestelle Übergangsmanagement klare Ziele und Qualitätskriterien für Schulpatenschaften konzeptionell entwickeln.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ihrem Anliegen wird durch die aufgezeigten Maßnahmen entsprochen. Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Die Anlagen können im Presse- und Informationsamt angefordert oder online im Ratsinformationssystem unter dem Link „Stadtrat" auf www.muenchen.de/rathaus abgerufen werden.

1 Münchner Haupt-, Wirtschafts- und Förderschüler/innen auf dem Weg von der Schule in die Berufsausbildung, Erstbericht 2009, Seite 49 ff.

Inklusion an Regelschulen – Folgen für die Förderzentren
Anfrage Stadtrat Alexander Reissl (SPD) vom 26.4.2011

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Ich nehme auf Ihre Anfrage vom 26.04.2011 Bezug und möchte mich zunächst für die gewährte Fristverlängerung bedanken.

In Ihrer Anfrage haben Sie folgenden Sachverhalt vorausgeschickt:

„Vor Kurzem haben die fünf Fraktionen im Bayerischen Landtag einen gemeinsamen Gesetzesentwurf zur Inklusion an den Schulen in Bayern vorgestellt. Danach sollen die Eltern entscheiden, ob sie die Förder- oder Regelschule für ihr Kind am geeignetsten halten. Ziel ist, die Chancengleichheit von Menschen mit Behinderung zu fördern und ihre Diskriminierung in der Gesellschaft zu unterbinden. Das fraktionsübergreifende Wirken für diese wichtige Sache ist höchst erfreulich. Der Beschluss des Gesetzesentwurfs darf damit als sicher gelten.

Für die Förderzentren und Förderschulen in München dürfte eine solche Veränderung auch Auswirkungen haben, auf die die Stadt als Sachaufwandsträger reagieren muss.

Daher fragen wir die Stadtverwaltung, welche Prognosen/ Schlussfolgerungen kann man ziehen für:
1. die bestehenden Einrichtungen
2. Erweiterungspläne
3. Neubaupläne.“

Die seit März 2009 in Deutschland geltende UN-Behindertenrechtskonvention hat das Ziel, die Chancengleichheit von Menschen mit Behinderung zu fördern und ihre Diskriminierung in der Gesellschaft zu unterbinden. Im Bildungsbereich verpflichtet die Konvention die Vertragsstaaten, einen gemeinsamen Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf zu ermöglichen.

Der Gesetzentwurf der interfraktionellen Arbeitsgruppe zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) wurde am 13.07.2011 einstimmig vom Landtag verabschiedet.

Damit ist ein erster wichtiger Schritt zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im schulischen Bereich getan.

Neben dem zentralen Art. 2 Abs. 2 BayEUG („Inklusiver Unterricht ist Aufgabe aller Schulen“) werden zwei elementare Aufgabengebiete der Förderzentren neu beschrieben. Mit dem deutlich erweiterten Zugang zur allgemeinen Schule verstärkt sich der Auftrag an die Förderschulen, sich zu Kompetenzzentren weiterzuentwickeln.

An allen Förderzentren und Sonderpädagogischen Förderzentren der Landeshauptstadt München wurden in den letzten fünf Jahren Beratungsstellen eingerichtet. Die ambulanten Angebote der Förderzentren wurden ausgebaut.

Drei Standorte mit Profil Inklusion wurden mit Zustimmung der Sachaufwandsträgerin eingerichtet und werden von den zuständigen Förderzentren betreut (vgl. Beschluss des Ausschusses für Bildung und Sport vom 29.06.2011: Errichtung von Schulstandorten mit dem Schwerpunkt Inklusion im Bereich der Grund- und Hauptschulen in der Landeshauptstadt München).

Förderzentren sind Lernorte, auch wenn der erste Förderort für alle Kinder seit der Novellierung des BayEUG im Jahr 2000 die Regelschule ist. Alle Kinder, auch die mit erhöhtem sonderpädagogischen Förderbedarf, werden zunächst an der Grundschule angemeldet. Im Benehmen mit behandelnden Fachleuten aus Medizin, Sonderpädagogik und Frühförderung entscheiden dann die Erziehungsberechtigten, ihre Kinder gegebenenfalls in einem zuständigen Sonderpädagogischen Förderzentrum (SFZ) einzuschulen. Dieser Elternwille hat bereits seit vielen Jahren Vorrang. Kein Kind wird gegen den Willen der Eltern an ein SFZ überwiesen.

Antwort zu 1.
Schlussfolgerungen/Prognosen für bestehende Einrichtungen:

Seit Jahren sind die Schülerzahlen bei den SFZ leicht zurückgegangen – von ca. 3.000 im Schuljahr 2007/2008 auf ca. 2.800 im derzeitigen Schuljahr. Dieser sehr erfreuliche Schülerschwund in diesem Bereich lässt sich auf die erfolgreichen mobilen sonderpädagogischen Angebote zurückführen, die es ermöglichen, möglichst viele Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf an der Regelschule zu fördern.

Zu Ihrer Anfrage hatten wir die Regierung von Oberbayern befragt.

Den Ausführungen des Regierungsvizepräsidenten im Anhang können Sie entnehmen, dass die stationäre, temporäre Beschulung in einem SFZ weiterhin ein wichtiges Angebot darstellt. Die Erfahrungen zeigen, dass die sonderpädagogischen Diagnose- und Förderklassen in den ersten Schuljahren entscheidend dafür sind, dass ein Kind mit erhöhtem Förderbedarf auf eine Regelschule wechseln kann. Deshalb sind die SFZ ein nicht zu vernachlässigender Baustein zur Realisierung der Inklusion.

Die Zahl der Klassen an den Förderzentren hat sich seit 2004 um ca. zehn Klassen erhöht. Dies ist unter anderem durch die Gründung von Außenklassen (Partnerklassen), die an Regelschulen angegliedert sind, aber als Klassen des Förderzentrums Geistige Entwicklung zählen, bedingt, sowie eine Erhöhung der Klassenzahl in der Schule für Kranke.

Der Schülerrückgang an den SFZ führt derzeit noch zu keiner Reduzierung der Klassenzahlen, da die Mindestklassenstärke hier bei sechs bis acht Schülerinnen und Schülern liegt.

Die bestehenden Einrichtungen sind teilweise sehr beengt in Schulgebäuden von Grund- und Mittelschulen untergebracht, mit bis zu drei Standorten, auf die die Klassen verteilt sind. Die von der Regierung von Oberbayern vorgesehenen Räume für Beratungsdienste, Berufsorientierung, für therapeutische Angebote und andere sonderpädagogisch-psychologische Maßnahmen sind zum Großteil nicht vorhanden. Auch fehlen bei den meisten Häusern Räume für ganztägige Angebote.

Antwort zu 2.
Erweiterungspläne:

Derzeit wird kein Förderzentrum erweitert. Folgende Baumaßnahmen sind in der Ausführungs- bzw. Planungsphase zur Behebung der oben genannten Raumprobleme:

Innsbrucker Ring 75 (SFZ und Mittelschule):
In der Schulanlage sind derzeit eine Mittelschule und ein SFZ untergebracht. Für diese Klassen fehlen Klassenzimmer im Schulgebäude sowie weitere Nebenräume, Fachlehrsäle und Verwaltungsräume. Auch die zehn Klassen umfassende Mittelschule soll um alle gemäß dem Soll-Raumprogramm erforderlichen Räume ergänzt werden.

Bislang waren Klassen im Förderschulbereich in Pavillons an der Grundschule Berg-am-Laim-Straße ausgelagert. Diese Räume werden von dieser Grundschule nun selbst benötigt. Im Förderschulbereich ist zudem eine Auslagerung von Klassen auf Dauer nicht akzeptabel.
Mit Beschluss des Schul- und Sportausschusses des Stadtrates vom 28.05.2008 wurde die Notwendigkeit zur Schaffung neuer Räume für die Mittelschule und das SFZ festgehalten. Die Regierung von Oberbayern hat aus fachlicher Sicht dem Raumprogramm in allen Punkten zugestimmt. Mit der Baumaßnahme wurde am 01.09.2011 begonnen. Die Inbetriebnahme ist für Juni 2013 geplant. Im Zuge dessen erfolgt die dringend notwendige Sanierung des Gebäudes.

Einsteinstraße 28:
Das Referat für Bildung und Sport beabsichtigt auf dem Grundstück Einsteinstraße 28 ein 4-gruppiges Tagesheim sowie vier Gruppenräume für die Ganztagsbetreuung der Grundschule Kirchenstraße 11 und das SFZ München Mitte 2 An der Isar zu errichten. Für die Essensversorgung der Tagesheimgruppen sowie des Ganztagsbereichs der Grundschule und des SFZ ist eine gemeinsame Zentralküche mit Mensa vorgesehen. Zudem benötigen die beiden Schulen eine Einfachsporthalle, die auch zu Vereinszwecken genutzt werden soll. Der Projektauftrag wurde durch Beschluss des Ausschusses für Bildung und Sport am 30.11.2011 erteilt. Der Beginn der Baumaßnahme ist für August 2012 vorgesehen. Die Fertigstellung ist für April 2014 geplant.

Antwort zu 3.
Neubauplanungen:

Förderzentrum Nymphenburg Süd (Margarethe-Danzi-Straße) – Neubau:
Das Förderzentrum mit Schwerpunkt Geistige Entwicklung sowie die städtische Heilpädagogische Tagesstätte (HPT) an der Klenzestraße 27 leiden seit Jahren unter großer Raumnot. Einstweilen wird im Zuge der in Aussicht gestellten strukturellen Veränderungen abweichend von der aktuellen Betriebserlaubnis vom 03.12.2002 für 15 Gruppen der fortgesetzte Betrieb der 16 HPT-Gruppen und die fortgesetzte Auslagerung einer bereits bestehenden Gruppe im angrenzenden Grundschulgebäude seitens der Regierung von Oberbayern (Heimaufsicht) nochmals geduldet.
Unter der Voraussetzung, dass der Regierung von Oberbayern (Heimaufsicht) zeitnah ein zukunftsfähiges und den Auflagen der Betriebserlaubnis entsprechendes Konzept vorgelegt wird, ist der einstweilige Fortbestand der Betriebserlaubnis gesichert.

Im Grundsatzbeschluss des Stadtrats vom 28.07.2010 wurde der Neubau auf dem Gelände Margarethe-Danzi-Straße beschlossen.

Situlistraße – Ersatzbau für das Förderzentrum München Nord-Ost, das derzeit an drei Standorten untergebracht ist (Rothpletzstraße, Fröttmaninger Straße und Burmester Straße): Alle genannten Grundschulen wachsen in den nächsten Jahren an. Die Grundschulen Rothpletzstraße und Fröttmaninger Straße können aus Gründen der Raumnot noch keinen gebundenen Ganztag anbieten.
Das sonderpädagogische Kompetenzzentrum soll nach Fertigstellung des Neubaus, der im Rahmen einer Generalinstandsetzung der Mittelschule an der Situlistraße erfolgen soll, auf zwei Standorte festgelegt werden. Die Standorte Fröttmaninger Straße und Burmester Straße sollen entfallen.

Freiham – Ersatzbau für das Sonderpädagogische Förderzentrum München West:
Das SFZ München West ist derzeit am Schererplatz untergebracht, ohne die Möglichkeit den gebundenen Ganztag sowie die oben erwähnten Kompetenzangebote einzurichten. Im Sprengel des Förderzentrums liegt Neuaubing – ein Wohngebiet mit einem hohen Anteil an Familien mit Migrationshintergrund und niedrigem Sozialindex.
Der Ersatzbau im Rahmen der Planungen zum Schulzentrum Freiham soll die Möglichkeit schaffen, ohne das Klassenangebot zu erweitern, die Forderungen, die im Rahmen der Inklusion bestehen, für die Schulen im Münchner Westen professionell erfüllen zu können.

Obersendling – angrenzende Sprengel:
Eine Lösung für den Standort Boschetsrieder Straße muss unter Einbeziehung der Standorte Zielstattstraße, Königswieser Straße und eventuell weiterer Standorte gesucht werden.
Die Grundschule Boschetsrieder Straße wächst in den nächsten Jahren beständig an, die dortigen Klassen des SFZ München Süd sind im 3. Obergeschoss untergebracht; es sind keine Beratungsräume und auch keine Schullehrküche vorhanden.
Das SFZ München Süd besteht aus drei Standorten: Stielerstraße, Boschetsrieder Straße und Königswieser Straße. Durch eine bauliche Lösung auf dem Standort Zielstattstraße ist ein Zusammenführen der Standorte Boschetsrieder Straße und Königswieser Straße (neun Klassen) möglich.

Das Referat für Bildung und Sport sieht derzeit keine Möglichkeit, auf Standorte Sonderpädagogischer Förderzentren zu verzichten oder Standor-

te aufzugeben. In Bezug auf die glücklicherweise beständig zunehmende Zahl unserer Münchner Schülerinnen und Schüler können wir auch nicht davon ausgehen, dass Schulhäuser geschlossen werden, unabhängig von den Kindern, die in ihnen unterrichtet werden.

Selbst wenn sich in den nächsten Jahren, was sehr zu begrüßen wäre, die Zahlen der Förderschülerinnen und Förderschüler weiter nach unten verändern und hier sogar Klassen aufgelöst würden, benötigen wir für diese Kinder dennoch Schulraum und diesen bereitzustellen ist Aufgabe der Kommune als Sachaufwandsträgerin.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 19. Juni 2012

Pakt für mehr Ausbildungsplätze im Erziehungsdienst
Antrag Stadtrats-Mitglieder Christian Amlong, Dr. Reinhard Bauer, Verena Dietl, Yasar Fincan, Costas Gianacacos, Christian Müller, Irene Schmitt, Dr. Constanze Söllner-Schaar, Birgit Volk und Beatrix Zurek (SPD)

Nahversorgung in München
Antrag Stadträte Robert Brannekämper, Manuel Pretzl, Richard Quaas, Georg Schlagbauer, Mario Schmidbauer und Vinzenz Zöttl (CSU)

Leistungsreserven und Potential der West-Ost-U-Bahn zwischen Pasing und Ostbahnhof objektiv ermitteln
Antrag Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Josef Schmid (CSU)

Aktuelle mifm-Umfrage: jede Menge offene Fragen
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Christian Müller
Stadtrat

Verena Dietl
Stadträtin,

Dr. Reinhard Bauer
Stadtrat

Christian Amlong
Stadtrat

Yasar Fincan
Stadtrat

Birgit Volk
Stadträtin

Costas Gianacacos
Stadtrat

Dr. Constanze Söllner-Schaar
Stadträtin

Beatrix Zurek
Stadträtin

Irene Schmitt
Stadträtin

19.06.2012

Pakt für mehr Ausbildungsplätze im Erziehungsdienst

Antrag:

Das Referat für Bildung und Sport sowie das Personal- und Organisationsreferat werden gebeten, gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit, dem Freistaat Bayern und den Fachakademien in anderer Trägerschaft einen Pakt für mehr Ausbildungsplätze im Erziehungsdienst zu schließen. Dieser beinhaltet, zum Beispiel im Rahmen eines regelmäßigen Runden Tisches oder einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, konkrete Ausarbeitungen, wie die Zahl der Ausbildungsplätze im Erziehungsdienst in München und im Umland zeitnah und signifikant erhöht werden können.

Insbesondere folgende Aspekte sollten ausgearbeitet werden:

- gemeinsame Bedarfserfassung und Planung der Ausbildungskapazitäten für die Stadt München und das Umland unter Berücksichtigung gesetzlicher Rahmenbedingungen wie die vorgegebenen Anstellungsschlüssel und die Auswirkungen eines beitragsfreien letzten Kindergartenjahres, aber auch der lokalen Besonderheiten

- Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze in den bestehenden Fachakademien für Sozialpädagogik

- zeitnahe Aufstockung neuer Raumkapazitäten, zum Beispiel über weitere Anmietungen von Schul-, beziehungsweise Büroräumen

- Einstellung zusätzlicher Ausbilderinnen und Ausbilder

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

- beschleunigte Prüfung, ob neue Fachakademien für Sozialpädagogik staatlich anerkannt und deren Schulbetrieb finanziell gefördert werden können

- Berücksichtigung von Fluktuationsbewegungen nach oder aus München

- Prüfung weiterer unterschiedlicher Teilzeitangebote in der Ausbildung

Des weiteren sind zusätzliche Möglichkeiten der Personalgewinnung zu prüfen, zum Beispiel:

- durch gezielte Umschulungs-, und Fortbildungsmaßnahmen

- Prüfung von zusätzlichen Förderungsinstrumenten, unter anderem aus Bundesmitteln zur Arbeitsmarktförderung, und konkrete Ausbildungsförderungen bzw. Fördermaßnahmen für unausgebildete Erwerbssuchende

- durch zusätzliche Qualifizierungsprogramme anderer Berufsgruppen

- durch Einsatz branchenähnlicher Berufsgruppen, zum Beispiel aus dem Gesundheitsbereich

- durch zusätzliche Anreize, in Vollzeit zu arbeiten, zum Beispiel durch spezielle Kontingentscheine zur Betreuung der eigenen Kinder

Begründung:

Die vom Gesetzgeber bemessene allgemeine Zielgröße einer Versorgung von 35 % der Kinder ist in einem Ballungsraum mit so hohem Wirtschaftswachstum, hohen Geburtenraten und vielen berufstätigen Eltern wie in München viel zu gering bemessen. Es fehlt an Räumen, aber auch insbesondere an ausgebildetem Personal. Der Bedarf an neuen Kindertageseinrichtungen steigt kontinuierlich an. Ab August 2013 können Eltern für die Ein- bis unter Dreijährigen einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz geltend machen. Die Steigerung der Platzzahlen führen zu einem erheblichen Mehrbedarf an Erzieherinnen und Erziehern sowie an Kinderpflegerinnen und Kinderpflegern.

Allein der bisher geschätzte Personalmehrbedarf für den Erziehungsdienst in München liegt bis zum Jahr 2015 bei circa 1.500 Vollzeitäquivalenten, davon circa 1.000 Erzieherinnen und Erzieher sowie circa 500 Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger. Dabei ist die Fluktuation noch nicht mit eingerechnet. Überdurchschnittlich hohe Renteneintrittszahlen und familiär bedingte Auszeiten verschärfen aber die Problematik des Personalmehrbedarfs weiter erheblich. Hinzu kommen künftig andere Anstellungsschlüssel.

Es bedarf eines Paktes für Ausbildung, in dem neue Lösungswege erarbeitet werden. Alle Akteure in einer heterogenen Ausbildungslandschaft müssen daher in gemeinsamen Anstrengungen ausreichend Ausbildungsplätze für Erziehungspersonal, aber auch Plätze für Umschulungen und berufsbegleitende Fortbildungen, in München und im Umland schaffen.

gez.	gez.	gez.	gez.	gez.
Christian Müller Stadtrat	Verena Dietl Stadträtin	Dr. Reinhard Bauer Stadtrat	Yasar Fincan Stadtrat	Beatrix Zurek Stadträtin
Christian Amlong Stadtrat	Costas Gianacacos Stadtrat	Birgit Volk Stadträtin	Dr. Constanze Söllner-Schaar Stadträtin	Irene Schmitt Stadträtin

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Antragsteller:
Stadtrat Manuel Pretzl
Stadtrat Vinzenz Zöttl
Stadtrat Richard Quaas
Stadtrat Georg Schlagbauer
Stadtrat Mario Schmidbauer
Stadtrat Robert Brannekämper

ANTRAG
19.06.2012

Nahversorgung in München

Die Verwaltung stellt dem Stadtrat nach Stadtbezirken geordnet dar, wo es in München noch eine funktionierende wohnortnahe, kleinteilige Nahversorgung gibt.

Begründung:
Wohnortnahe Versorgung, insbesondere für Lebensmittel, wird u.a. unter dem Aspekt der älter werdenden Gesellschaft zunehmend wichtiger. Sie ist aber auch zunehmend gefährdet.

Zur Information des Stadtrats und in Hinblick auf die Diskussion zur Nahversorgung ist es für den Stadtrat wichtig zu erfahren, wo es in den Stadtteilen noch intakte Versorgungsstrukturen gibt.

gez.
Manuel Pretzl, Stadtrat

gez.
Vinzenz Zöttl, Stadtrat

gez.
Richard Quaas, Stadtrat
stv. Fraktionsvorsitzender

gez.
Georg Schlagbauer, Stadtrat

gez.
Mario Schmidbauer, Stadtrat

gez.
Robert Brannekämper, Stadtrat

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Josef Schmid
Stadtrat Dr. Georg Kronawitter

ANTRAG
19.06.2012

Leistungsreserven und Potential der West-Ost-U-Bahn zwischen Pasing und Ostbahnhof objektiv ermitteln

Der Stadtrat möge beschließen:

Dem Stadtrat wird dargestellt, welche Leistungsreserven eine vollausgebaute West-Ost-U-Bahnstrecke zwischen Pasing und Ostbahnhof unter Ausnutzung aller fahrzeugtechnischen Kapazitäten haben würde, insbesondere mit einem Zwei-Minuten-Takt auf dem gemeinsamen U4/5-Streckenabschnitt zwischen Pasing und Max-Weber-Platz und ausschließlichem Einsatz von U-Bahn-Langzügen.

Außerdem wird dargestellt, wie heute schon der seit 1987 bestehende Ostteil der Strecke zwischen Ostbahnhof und Hauptbahnhof bei gravierenden Störungen auf der S-Bahnstammstrecke eine Ersatzfunktion wahrnimmt, natürlich unter partieller Vollauslastung der Platzkapazität.

Es wird empfohlen, geeignete nichtstädtische Fachleute, z. B. universitäre Verkehrsinstitute als Gutachter zu beauftragen, um eine unternehmensunabhängige Sicht auf diese verkehrspolitische Option der Stadt München zu bekommen.

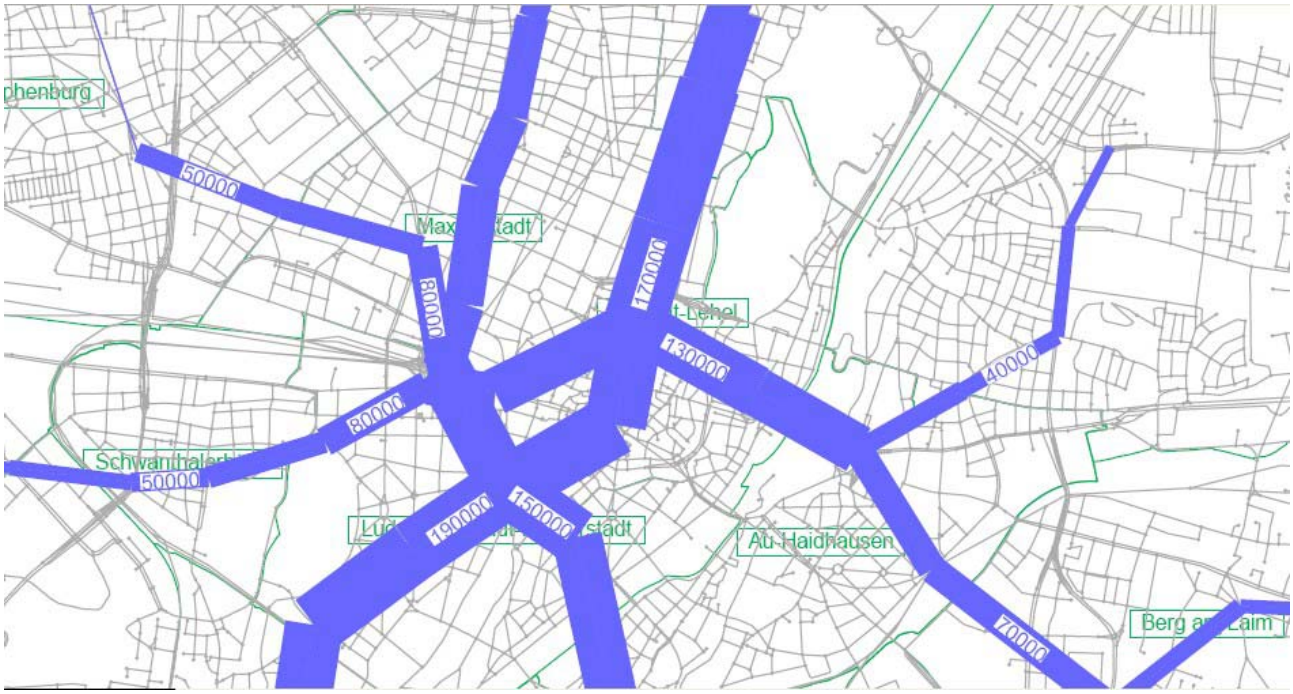
Begründung:
In einem viel beachteten, aber dennoch im Tenor ziemlich überraschenden Positionspapier /1/ hat die MVG im September 2011 - salopp formuliert – „kein gutes Haar“ an der U-Bahnverlängerung nach Pasing gelassen. Neben den bekannten spezifischen Kapazitätsproblemen insbesondere an der Station Theresienwiese während der Oktoberfestzeit wurden vor allem betriebswirtschaftliche Probleme eines Parallelbetriebs zwischen U- und S-Bahn zwischen Laim und Pasing heraufbeschworen, so dass diese Verlängerung schon ein zusätzliches Betriebskostendefizit im unteren Millionenbereich aufweisen werde. Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass dieses Positionspapier der MVG seinerzeit zwar örtlichen Medien übergeben wurde und eine hohe Aufmerksamkeit erzielte /2/, bis heute aber nicht auf den Internetseiten der MVG zu finden ist. Dieses Manko wurde jedoch auf /1/ beseitigt, so dass die Öffentlichkeit nun hergestellt ist.

Da sich im Stadtrat wieder eine große Zustimmung für dieses U-Bahnprojekt abzeichnet und die Träger der Ratsmehrheit offenkundig mittlerweile erkannt haben, welch großer verkehrspolitischer Fehler das über 10jährige Moratorium seit 2002 war, bedarf es einer offensiven Auseinandersetzung im Stadtrat mit den MVG-Thesen, die ja letztlich einen Verzicht auf die U-Bahnverlängerung nach Pasing nahelegen. Diese Befassung ist bis heute unterblieben und wird hiermit beantragt.

Ein zentraler Streitpunkt ist die Frage der **Kapazitätsreserve** einer U-Bahn zwischen Pasing und Hauptbahnhof für den Fall einer S-Bahn-Stammstreckensperrung. D.h. Inwiefern eine U-Bahn im Notfall in der Lage wäre, die temporäre Hauptlast der Bedienung gestrandeter S-Bahnfahrgäste zwischen Hauptbahnhof und Pasing zu leisten. Die MVG bestreitet ja in /1/ nennenswerte Kapazitätsreserven.

Vorsorglich wird daher schon hier anhand von offiziellem MVG-Material aufgezeigt, welche Kapazitätsreserven schätzungsweise bestehen. Hierzu genügt ein Blick auf die Querschnitttagesbelastung im Münchner U-Bahnnetz. Leider gibt es von der MVG keine neueren Daten als von 2002, die im 1. Münchner Nahverkehrsbericht am 29.11.2006 veröffentlicht wurden /3/.

Man kann dieser Grafik entnehmen, dass der Spitzenwert ca. 200.000 Fahrten pro Tag auf der U3/U6 zwischen Sendlinger Torplatz und Marienplatz beträgt. Demgegenüber ist der stärkste Abschnitt von U4/5 zwischen Odeonsplatz und Max-Weber-Platz mit 130.000 Fahrten deutlich weniger ausgelastet. Allein dieser Abschnitt könnte somit im „Notfall“ noch 70.000 Fahrten täglich aufnehmen, um mit dem U3/6-Spitzenwert gleichzuziehen. Noch größer sind die Reserven im westlichen U4/5-Zulauf zum Hauptbahnhof. Hier wurden nur maximal 80.000 Fahrten gezählt, 120.000 zusätzliche wären unter den oben genannten Prämissen im „Notfall“ (=S-Bahnstammstreckensperrung) möglich, also 150% mehr Fahrten als im Standardfall. Wenn das keine Streckenreserven sind!



U-Bahn-Querschnittstagesbelastung 2002 (Quelle LHM 2006 /3/)

Der Bezugspunkt Hauptbahnhof ist wichtig, nicht nur wegen des Übergangs zu den Regional- und Fernzügen, sondern vor allem auch wegen der Umsteigemöglichkeit zur U1/2 in beide Richtungen und dem Tramknotenpunkt (z. B. Hochschule München Tram 20,21,22). D.h. im „Notfall“ dürfte bereits ein erheblicher Teil der von gestrandeten S-Bahnen in Pasing kommenden Fahrgäste bereits am Hauptbahnhof die U-Bahn wieder verlassen.

Die obige MVG-Grafik unterstreicht auf der Basis von Sitzenstundenwerten im inneren U-Bahnnetz die Reserven auf der U4/5, mit der bemerkenswerten Aussage, dass die Spitzenabschnitte von U4 und U5 östlich des Max-Weber-Platzes bzw. sogar östlich des Ostbahnhofes liegen. Dies zeigt einmal mehr, dass U4 und U5 im Westen echte Reserven haben.

Noch ein vorsorglicher Hinweis zu den in /1/ von der MVG reklamierten **Betriebskostendefiziten** bei einer hohen Bedienfrequenz zwischen Hauptbahnhof und Pasing im Falle eines Ersatzverkehrs bei einer Stammstreckensperrung. Hier vergleicht die MVG Äpfel mit Birnen. Denn auch die Parallelverkehre auf der S-Bahnstammstrecke fahren nicht eigenwirtschaftlich, sondern werden vom Freistaat Bayern gegen Entgelt bestellt. Es wäre also durchaus vorstellbar, über ein U-Bahn-Grundangebot hinausgehende S-Bahn-Ersatzleistungen bei der MVG zu bestellen, so wie es die Stadt München bei der Versorgung von im Aufbau befindlichen neuen Stadtvierteln auch schon praktiziert.

Abschließend ist auch höchst vorsorglich darauf hinzuweisen, dass die zeitweise Überlastung der **U-Bahnstation Theresienwiese** während des Oktoberfestes nicht ernsthaft gegen die U-Bahnverlängerung nach Pasing ins Feld geführt werden kann.

Hier ist ohnehin ein starker Handlungsdruck gegeben (siehe Antrag /3/, der noch im Juli 2012 im Stadtrat behandelt werden soll), die Situation konstruktiv zu entschärfen. Es sei daran erinnert, dass der Bau der Allianz-Arena auch die Ertüchtigung der Station Marienplatz für über 40 Mio. Euros nach sich gezogen hat.
Wer sich einer weltweit bekannten Attraktion wie das Oktoberfest mit seiner wirtschaftlichen Wohlfahrtswirkung rühmt, muss auch bei der Verkehrserschließung konsequent sein.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

Quellen:

/1/ www.ba-muenchen.info/mvg/MVG_U5%20keine%20Alternative%20zur%202%20%20Stammstrecke.pdf
/2/ www.sueddeutsche.de/muenchen/zukunft-des-muenchner-nahverkehrs-kein-halt-in-pasing-1.1140905
/3/ www.ba-muenchen.info/planref/Nahverkehr-2006/OENV-Anlage_5.pdf
/4/ StR-Antrags-Nummer 08-14 / A 02802 Die Wies'n boomt -Konsequenzen für die U-Bahnanbindung aufzeigen

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
19.06.2012

Aktuelle *mifm*-Umfrage: jede Menge offene Fragen

Per Presseerklärung und Mitteilung in der „Rathaus-Umschau“ berichtete die Stadt jüngst über die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage des Münchner Instituts für Marktforschung (*mifm*). Dabei waren – laut Angaben des Instituts – rund 1100 Bürger aus Stadt und Region zu verschiedenen Themen befragt worden, u.a. zum Bekanntheitsgrad von Münchner Politikern und zu den „wichtigsten Problemen in der Stadt“. Ergebnisse und Fragestellungen der Umfrage werfen – soweit vom mifm mitgeteilt – Fragen auf.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Wie werden die „wichtigsten Probleme in der Stadt“ vom *mifm* ermittelt? Folgt man den „Erklärungen“ des *mifm* im einschlägigen PDF-Dokument, so stößt man dort lediglich auf 17 „Fragebogentexte“ (z.B. „Abbau der Lärmbelästigung“, „Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel“ etc.), die den Eindruck erwecken, als seien sie den Interviewpartnern vom *mifm* – oder vom städtischen Presse- und Informationsamt als Auftraggeber der Umfrage – vorgegeben. Auf welche Weise können andere bzw. zusätzliche „Probleme“ über die vorgegebenen hinaus von den Interviewpartnern oder auf anderem Wege thematisiert und als „wichtig“ bewertet werden? Zu denken ist etwa an Problemfelder wie „Islamisierung“, „Überfremdung“, „Ausländeranteil an Münchner Schulen“, „Ausländerkriminalität“ etc. Inwieweit ist ggf. daran gedacht, diese und andere Problemfelder bei künftigen Umfragen ebenfalls abzufragen? Wenn nicht, warum nicht?

2. Nach welchen Kriterien werden die vom *mifm* abgefragten „Stadtpolitiken“ in der Umfrage „Zufriedenheit mit städtischen Angeboten“ ermittelt? Auch hier werden offenbar nur neun vorgegebene „Stadtpolitiken“ abgefragt (z.B. „Wirtschaftspolitik der Stadt“, „Angebot und Betrieb U-Bahn, Bus Tram“ etc.), während andere Themen- und Angebotsfelder ausgeblendet scheinen, etwa die Zufriedenheit mit der Münchner Polizei oder der Feuerwehr, die Erreichbarkeit städtischer Stellen u.a.

3. Wie werden die den genannten *mifm*-Umfragen zugrundeliegenden Indikatoren

b.w.

gewonnen bzw. weiterentwickelt? (Siehe dazu vergleichsweise: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.), Indikatorenentwicklung für den nationalen Bildungsbericht ´Bildung in Deutschland´. Grundlagen, Ergebnisse, Perspektiven (= Bildungsforschung, Bd. 33), Bonn-Berlin 2010, insbes. S. 27ff., Quelle: http://www.bmbf.de/pub/bildungsforschung_band_dreiundreissig.pdf).

4. Welche Kriterien legt das *mifm* bei der Auswahl der hinsichtlich ihrer „Bekanntheit" untersuchten „Münchner Politiker" zugrunde – dies vor dem Hintergrund gefragt, daß für die Grünen als einzige der untersuchten Parteien nicht nur der Münchner Kreisvorsitzende und der/die Fraktionsvorsitzende im Rathaus, sondern darüber hinaus auch noch die Münchner Vorsitzende der parteinahen Jugendorganisation untersucht wurde? Warum wurden nicht auch die Vorsitzenden der Jugendorganisationen der anderen in Fraktionsstärke im Münchner Stadtrat vertretenen Parteien – SPD, CSU, FDP – in die Befragung miteinbezogen, z.B. der Vorsitzende der Münchner Jungen Union oder der Münchner Jusos?

5. Warum wurden die nicht in Fraktionsstärke im Stadtrat vertretenen Parteien und Gruppierungen nicht bei der Befragung berücksichtigt – also weder deren im Münchner Stadtrat vertretene Mandatsträger noch ihre Münchner Kreis-/Stadtvorsitzenden?

6. Warum wurden außer den örtlichen Parteivorsitzenden und den Fraktionsvorsitzenden im Münchner Stadtrat keine weiteren Mitglieder des Münchner Stadtrats hinsichtlich Bekanntheit und Sympathie untersucht? Inwieweit ist beabsichtigt, diesen Mangel bei künftigen der turnusmäßigen *mifm*-Befragungen abzustellen? Wenn nicht, warum nicht?

7. Liegen neben den der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Ergebnissen der genannten *mifm*-Umfragen ggf. weitere, mehr ins Detail gehende oder weitere Aspekte der Münchner Stadtpolitik berücksichtigende Untersuchungsreihen vor? Wo sind deren Ergebnisse ggf. einsehbar?

8. Seit wann führt das genannte Marktforschungsinstitut *mifm* im Auftrag des städtischen Presse- und Informationsamtes Umfragen durch? Was qualifiziert das *mifm* für diese Aufgabe in besonderer Weise und ggf. mehr als andere in der Region ansässige Marktforschungsinstitute für die regelmäßigen Umfragen über Stadtprobleme sowie Bekanntheits- und Sympathiewerte von Münchner Politikern?

Karl Richter
Stadtrat